

# BUCHBESPRECHUNGEN

**Bergbauer, Harald (Hg.): *Kulturtheoretiker denken den Staat***  
(Christian Machek)..... 232

**Hartleb, Florian: *Internationaler Populismus als Konzept: Zwischen Kommunikationsstil und fester Ideologie***  
(Armin Pfahl-Traughber)..... 233

**Jäger, Lorenz: *Prägungen***  
(Christoph Böhr)..... 234

**Richter, Heinz A.: *Griechenland 1945–1950: Die Zeit der Bürgerkriege***  
(Dirk Schönrock)..... 236

**Saar, Martin: *Die Immanenz der Macht***  
(Hans-Martin Schönherr-Mann)..... 237

**Weidenfeld, Werner: *Die Europäische Union (UTB basics)***  
(Andreas Vierecke)..... 239

*Harald BERGBAUER (Hg.): Kulturtheoretiker denken den Staat. Der Staat im Werk ausgewählter Kulturdenker des 20. Jahrhunderts. Baden-Baden: Nomos Verlag, 2013, 251 S., 29 €*

Der von Harald Bergbauer in der Reihe *Staatsverständnisse* veröffentlichte Sammelband *Kulturtheoretiker denken den Staat* spannt vor dem Hintergrund der Auflösung, Erosion und Depotenzierung staatlicher Strukturen in der Gegenwart in drei Kapiteln einen Bogen von den Untersuchungen des Staates durch die frühe deutsche Kultursoziologie (Max Weber, Georg Simmel und Ernst Cassirer) über das Problem des Staates im Lichte der deutschen Kulturkritik (Oswald Spengler, Arnold Gehlen und Ernst Jünger) zu seinen aktuellen Herausforderungen (bei Samuel P. Huntington, Immanuel Wallerstein, Bourdieu und Ulrich Beck).

Von Hegel wissen wir, dass es gilt sich um Begriffe zu bemühen und von Konfuzius auf die Fra-

ge, was denn der Meister zuerst in Angriff nehmen würde, die Antwort überliefert: »Sicherlich die Richtigstellung der Begriffe.« Und eben hierzu, so viel vorweg, liefert dieser Band einen wertvollen Beitrag.

Was lässt sich über den Begriff des Staates sagen? Mit Max Weber oder mit Samuel Huntington kann man versuchen, den Staat bzw. auch Kulturen soziologisch zu bestimmen. Der Begriff Staat verweist auf Politik, Macht und Gewalt, die Kultur auf Sprache, Religion, Institutionen und Wertvorstellungen. Soziologisch besehen geht es in diesen um soziale Systeme, mittlerweile auch die einer »Weltgesellschaft«. Bezeichnend hierzu Max Weber: »In einem modernen Staat liegt die Herrschaft (...) in der Handhabung der Verwaltung.«

Alle wichtigen Erklärungen für den Staat gehen im abendländischen Kulturkreis letztlich auf die eine oder andere Weise auf Platon und/oder Aristoteles zurück. In dieser klassischen politischen Philosophie geht es indes immer auch um Werturteile, die in einer modernen Soziologie eben nicht vollzogen werden. Diese Werturteile legen jedoch überhaupt den Grund für die Existenz einer Kultur und des Staates. In diesem Zusammenhang spricht Max Weber treffend von »dynamisierenden Elementen« und »Spannungen«, derer es für ein Gleichgewicht im Staate bedarf. Diese Werturteile sind zugleich immer auch solche über den Menschen und seine Natur. Hierzu hat Arnold Gehlen in seinen anthropologischen Bestimmungen das menschliche Bedürfnis nach »obersten Führungssystemen« und somit der Einordnung in eine Institution ausgearbeitet.

Wie in manchen Kapiteln des Bandes dargestellt sind jene Werturteile kulturabhängig. So kann Bergbauer bei Spengler darauf hinweisen, dass das »Meisterstück vom Staat« eine echte und eigene deutsche Schöpfung ist. Ferner ist der Kulturbegriff im deutschen Sprachraum essentialistisch und kollektivistisch zu begreifen, was im englischen Sprachraum nicht der Fall ist. Hier klingen die alten und noch immer aktuellen (und etwa von Leo Strauss wieder aufgegriffenen) *querelles des anciens et des modernes* an, vor deren Hintergrund zahlreiche Beiträge des Bandes in einer wohlwollenden Spannung zu einander stehen. Sind etwa

Aufklärung, Säkularismus und individuelle Freiheit hinreichende Gründe für Kultur und Staat?

Kultur (zu lateinisch *cultura*: Bearbeitung, Pflege, Ackerbau, von *colere*: pflegen, tätig verehren, den Acker bestellen) ist im weitesten Sinne alles, was der Mensch selbst gestaltend hervorbringt und eben auch die Entwicklung der dem Menschen eigentümlichen sittlichen und geistigen Anlagen. Von daher steht der Begriff Kultur auch mit dem *cultus* und somit der Religion in Verbindung. Auch dieser Aspekt wird in den Betrachtungen des Bandes nicht außer Acht gelassen. Der so geweitete Panoramablick verweist uns auf die Frage nach der Bedeutung des Staates in der Gegenwart. Wenn der (National-)Staat erodiert – was tritt an seine Stelle? Ein »kosmopolitisches Regime« in einer Weltgesellschaft (Beck) oder eine »Weltsystem« (Wallerstein)? Doch, ähnlich wie bei Carl Schmitt und der Frage des Friedens »um jeden Preis«, drängt sich uns die Frage auf: Was ginge denn verloren, wenn im Zuge einer Globalisierung ein kosmopolitischer Staat »um jeden Preis« sich entwickelte? Welche Legitimation hätte ein solcher? Verfügt er etwa im Sinne von Bourdieu über eine ausreichende Repräsentation?

Bei aller aufgezeigten Wandlungsfähigkeit des Staates und seiner Verständnisse leistet der Band somit auch einen Beitrag zu einer Ideologiekritik. Was bleibt oder könnte erhalten bleiben nach einer Depotenzenierung des Staates, seines Macht- und Souveränitätsverlustes infolge fortschreitender Europäisierung, Globalisierung und Kosmopolitierung? Oder sollten diese Begriffe nicht eher bewusst in Anführungszeichen gesetzt werden? Sind diese Entwicklungen schicksalhaft oder unterliegen sie nicht vielmehr einem bewussten politischen Entscheidungsprozess (einiger weniger Mächtiger)? Sind wir letztendlich nicht auf normative Bestände angewiesen, auf die eben wichtige Kulturtheoretiker deutlich und eindrucksvoll hingewiesen haben? Von welchen Voraussetzungen leben wir als Menschen – mit oder gar ohne ein »überindividuelles« Gebilde, das sich Staat nennt? Dies ist nicht zuletzt eine Rückfrage nach dem einzelnen Menschen und seinem Selbstverständnis, konkret: seiner Wesensnatur als *zoon politikon*, als politisches und soziales Wesen. Kann, mit Goethe gesprochen, aus einem verselbständigten Individuum überhaupt ein freier Einzelner, eine Persönlichkeit, werden? Wir werden wohl auch weiterhin in Zukunft auf den Staat verwiesen bleiben.

Christian Machek

Florian HARTLEB: *Internationaler Populismus als Konzept: Zwischen Kommunikationsstil und fester Ideologie*. Baden-Baden: Nomos Verlag, 2014, 245 S., 44 €

Der Politikwissenschaftler Florian Hartleb legt mit seinem Buch *Internationaler Populismus als Konzept. Zwischen Kommunikationsstil und fester Ideologie* eine Gesamtdarstellung zum Thema im Sinne einer Bilanz des Forschungsstandes mit vielen Fallbeispielen vor. Das überaus informative und gut strukturierte Werk dürfte die kommende Auseinandersetzung mit dem Thema bezogen auf Konzeptionalisierungen und Problemstellungen begleiten.

Die Bezeichnung »Populismus« findet in der politischen Debatte häufig Anwendung: All zu einfache Forderungen lösen mitunter von Repräsentanten der Regierungsparteien einschlägige Zuschreibungen aus. Betroffene deuten das genutzte Etikett dann gern im Sinne einer artikulierten Stimme des Volkes um. Aber auch in der wissenschaftlichen Publizistik nutzt man den Terminus: Da ist mal von einem »Links-« und »Rechtspopulismus«, einem »National-« und »Sozialpopulismus« oder einem »Populismus von oben« und »von unten« die Rede. Macht es bei diesem Durcheinander in Aussage und Bedeutung, Definition und Typologie überhaupt noch Sinn, von »Populismus« als analytischer und trennscharfer Kategorie zu sprechen? Was meint der Begriff darüber hinaus überhaupt? Dieser Frage geht Hartleb in seiner Studie nach. Sie versteht sich dabei gleichzeitig als eine Bilanz des – indessen unterentwickelten – Forschungsstandes.

Nach Ausführungen zur Etymologie des Begriffs geht der Autor auf die Problematik der Konzeptionalisierung des Terminus ein, wobei es in der Forschung allgemein zwei Richtungen gebe: Die »Ideologieschule« sehe im Populismus eine politische Richtung, die »Strategieschule« spreche demgegenüber von einem politischen Stilmittel. Danach erörtert Hartleb die bisherigen Definitionsversuche und liefert selbst folgende Begriffsbestimmung: »Populismus ist eine antagonistische Erscheinung jenseits der gängigen Ideologien, die als Bewegung »von oben« oder »unten« bzw. »links« oder »rechts«, oftmals von einem charismatischen Anführer vertreten, mit einem moralisierenden und simplifizierenden Gestus die »Stimme des homogen konstruierten Volkes« den als feindlich be-

griffenen Eliten gegenüberstellt und dabei durch Abgrenzungsrituale auf das *heartland* rekurriert« (S. 53). Dieser Erläuterung schließt sich die Erörterung der diversen Dimensionen des Spannungsverhältnisses von einerseits Demokratie und andererseits Populismus an.

Erst danach finden die unterschiedlichen Erscheinungsformen des gemeinten politischen Phänomens in Beschreibung und Einschätzung konkrete Aufmerksamkeit: Es geht um den Links- und Rechtspopulismus in Europa anhand von Parteien wie »Die Linke« oder dem »Front National«, um den Populismus »von oben« mit dem Chavismus und Peronismus in Lateinamerika ebenso wie um den Populismus »von unten« mit der »Occupy«- und »Tea-Party-Bewegung«. Danach stehen die Resonanz bezogen auf Charisma und Digitalpopulismus, Euroskepsis und Islamfeindlichkeit als Agitationsthemen eine Fallstudie zu Österreich und die Antagonismen des Populismus im Zentrum des Interesses. Hartleb bilanziert: »Populismus ist weder ein bloßer Kommunikationsstil (...) noch eine feste Ideologie (...). Seine Natur ist mehrdimensional: *technisch* (als Politikstil im antientitären Gestus ...), *inhaltlich* (mit der Fokussierung auf bestimmte Themen), *medial* (besondere Resonanz und Interaktion) und *personell* (Bedeutung des Charismas)« (S. 220).

Der Autor legt mit seinem Band, der eine neue Reihe mit dem Titel »International Studies on Populism« eröffnet, eine informative und systematische Forschungsbilanz zum Thema vor. Klar arbeitet er Deutungsansätze und Positionen heraus, welche durch die Präsentation in Form von Tabellen noch verdeutlicht und zugespitzt werden. Insofern dürfte der Band ein wichtiges Begleitbuch für zukünftige Forschungen werden. Mit seiner eigenen Begriffsbestimmung will Hartleb ein Art Bilanz zur bisherigen Debatte ziehen. Indessen kann diese Definition auch nicht ganz überzeugen, müssten hierbei doch stärker die Besonderheiten in Form und Inhalt in Kombination miteinander und über eine differenzierungsfähige Typologie entwickelt werden. Es entstehen auch Probleme im Detail: So unterscheidet der Autor extremistische und populistische Parteien (vgl. S. 91). Können aber extremistische Parteien nie populistische Parteien sein? Indessen muss man konstatieren, dass die Forschung hier noch in den »Kinderschuhen« steckt. Hartlebs Studie kann sie stärker ans »Laufen« bringen.

Armin Pfahl-Traubner

Lorenz JÄGER: *Prägungen, Wien und Leipzig: Karolinger Verlag, 2013, 40 S., 9,90 €*

Leser, die der Generation des Verfassers dieses Buches angehören, werden sich an den Song des Folk-Rock-Duos Denny Zager und Rick Evans erinnern. Im Jahr 1969 stürmte dieses Lied die Charts: »In the year 2525« – die Melodie klingt vielen, die damals begannen, sich für Politik zu interessieren, heute noch in den Ohren. Es war ein Lied über die bedrohte und gefährdete Zukunft der Menschheit, in entsprechend apokalyptischen Tönen – eine Zukunft, die das Engagement in der Gegenwart einforderte, um das Unheil einer vor allem durch Krieg befürchteten Zerstörung der Welt abzuwenden. Zu diesem Engagement fühlten sich damals weite Teile der westlichen Jugend verpflichtet – und niemand ahnte, dass dieses Engagement in Deutschland schon ein paar Jahre später in den von Jäger so bezeichneten – »revolutionären Größenwahn« der frühen 70er Jahre, den Terrorismus, münden würde.

Lorenz Jäger, der Autor des hier besprochenen Buches, geboren 1951, Soziologe und Germanist, vielseitig begabt, heute führender Kopf des Feuilletons der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und Autor zahlreicher lesenswerter Bücher – ein Schriftsteller mit bemerkenswerter Feder, der die Gattung des Essays vollendet beherrscht –, erinnert sich, dass dieser Song im Autoradio lief, als er gemeinsam mit Andreas Baader und Gudrun Ensslin in Richtung Frankfurt unterwegs war. Es war zur Zeit des Beginns jener wirkmächtigen Strömung des Protests, den wir heute das Aufbegehren der 68er nennen, eines Protests, der anfangs noch die kontroverse Debatte schätzte, wo später nur noch die ideologische Geschlossenheit galt. SDS – der Sozialistische Deutsche Studentenbund – und LSD – das Halluzinogen – waren die Würze aufgewühlter Empörung junger Leute, die das Neue, die Veränderung, die Zukunft suchten – und eine Bewegung in Gang setzten, die nach dem Kampf gegen die Notstandsgesetze ihre Radikalisierungsspannung immer weiter steigern musste – bis zu ihrem jähen Absturz einige Jahre später: stets und erfolgreich bemüht, ihr Publikum – die deutschen Gesellschaft – in Atem zu halten.

Jäger zeichnet ein Bild dieser Zeit – genauer: des Jahres 1969 – in einer Miniatur, deren Komposition sich ganz aus der Erinnerung an eigene Erlebnisse und Ereignisse speist, auf eine bewunderns-

werte Weise: Denn indem er nicht abstrakt-soziologisch auf dieses Jahr 1969 blickt, sondern konkret-biographisch sein eigenes Erleben dieser Zeit erinnert, öffnet er gerade so, im Rückblick auf die eigene Befindlichkeit, ein Fenster zum Allgemeinen – und verlebendigt auch für die später Geborenen das Lebensgefühl der Jungen von damals, die sich binnen weniger Monate von aufbegehrenden Stirnerschen Individualanarchisten zu folgamen Adepten Stalins und Maos wandelten.

Der dieser Miniatur des Jahres 1969 vorangehende Text – mit der Überschrift »Beschreibung einer Schönheit« – greift ins Jahr 1966 zurück. Und hier zeigt sich gleich am Anfang des Buches die beneidenswerte Gabe des Verfassers, das Allgemeine im Einzelfall aufleuchten zu lassen. Die Schönheit, die Jäger fesselt, ist eine junge Frau – die, wie sich bald herausstellt, Tochter eines von ihm besonders bewunderten Lehrers, Hermann Himstedt, dem später Hanns-Josef Ortheil in seinem ersten Roman »Fermer« ein eindrucksvolles literarisches Denkmal setzte.

Jäger taucht ein in jene Zeit, in der die Lektüre der Pekingers Rundschau als Nachweis besonders fortschrittlichen Denkens galt – die Gründe dieser heute als Skurrilität erscheinenden Einstellung legt er treffend, in nur wenigen Zeilen, dar. Dabei wird auch hier die soziologische Analyse nur mit wenigen Federstrichen angedeutet, entfaltet werden die Gründe emblematisch: im Bild der Begegnung mit der Schönheit, die dem Verfasser in Gestalt einer jungen Frau gegenübertritt: »Und ich wußte in diesem Augenblick, als ich ihr begegnete: Größere Schönheit gibt es nicht. Nicht im platonischen Sinne, als ob das Schöne auch diesmal einer ewigen Idee entsprochen hätte. Sondern vielmehr so, daß ich in dieser Schönheit das Kommende zu sehen glaubte; sie war erfüllt von Zukunft ... Die ungeheuren Gehalte, die sie mitteilte, ließen sich noch nicht aussprechen, aber sie waren sichtbar.« Die Schönheit der jungen Frau wie die Nachrichten der Pekingers Rundschau stehen als Emblem für ein- und dasselbe Lebensgefühl: einer spannungsreichen, aufwühlenden Hoffnung auf das noch unbekanntere Kommende, das schon sichtbar ist, sich aber noch nicht aussprechen lässt.

Schönheit stellt die Zukunft vor Augen. Zukunft verkörpert sich in Schönheit, deren Reiz es ist, das Künftige schon heute sichtbar zu machen. Peking stand für diese hoffnungsvolle Zukunft, die Moskau schon hinter sich hatte, die Pekingers

Rundschau war als Presseorgan das sichtbare Zeichen dieser hoffnungsvollen Zukunft. Die ideologischen Präferenzen folgten der Vorliebe für das noch unerfüllte Neue. Seiner Faszination erliegt die Jugend. Später, im fortgeschrittenen Alter, erscheint Schönheit dann allerdings nicht mehr unter dem Gesichtspunkt der Zukunft, sondern des Ursprungs. Die Zukunft des Jahres 1966 ist lange untergegangen, die Jugend von damals längst erwachsen geworden; jetzt verbirgt sich in der Schönheit die Macht, Dinge und Augenblicke zu verwandeln. Und so verschwinden in der Erinnerung des Autors mit den Jahren Gesicht und Gestalt der Schönheit der Jugendfreundin, bis von ihr am Ende nur noch der Name bleibt. Dieser aber behält seine den Alltag auf Hoffnung hin verwandelnde Kraft.

Kann man Schönheit treffender deuten? Nur dass Jäger es so ganz anders beschreibt, als es die Besprechung seines Buches vermitteln kann. In der Erinnerung an prägende Lebenserfahrungen auf dem Weg zum Erwachsenen finden sich – eher spärlich und wie im Vorübergehen – Hinweise zu deren Deutung. Die Erinnerung wird zur Allegorie, zur Trope eines Lebensgefühls, einer prägenden Erfahrung: im Individuellen erscheint das Universelle – des Menschen in seiner Zeit. Emblematisch zeigt sich das Leben in der Miniatur seiner Erinnerung.

Das gilt besonders auch für den dritten Rückblick: die Erinnerung an einen Frankfurter Vormittag mit Gershom Scholem, jener eindrucksvollen Gestalt, die nach Jägers Worten auf Mathematik und Zionismus als ihre höchsten Gegenständen baute, um dann in der Kabbala jene Ellipse zu finden, »die aus ihnen die beiden« – Zionismus und Mathematik – ihre »gesetzmäßigen Brennpunkte machte.« Zutreffender wird man die Weltlichkeit des alten Scholem kaum beschreiben können. Sie findet sich eingewoben in die lebhaft erzählte einer sonntäglichen Begegnung, die den Leser glauben machen kann, Augenzeuge im Hier und Jetzt zu sein.

Jäger hat drei wunderbare Signaturen seiner Generation vorgelegt. Auf nur 39 Seiten blickt er auf jugendliche Prägungen zurück, die für ihn – und eben auch für seine ganze Generation – bis heute wirksam geblieben sind: fein gezeichnete Miniaturen, die in jedem einzelnen Fall ein Fenster zum bleibenden Allgemeinen öffnen. Dieses Buch ist aus vielen Gründen zu empfehlen: wegen seiner kunstvollen literarischen Form, der Sprachgewalt

seines Autors und nicht zuletzt als der glückliche Versuch, das Heute als ein Gewordenes zu begreifen – ein Gewordenes, das sich umso besser verstehen lässt, wenn man es als sein eigenes Werden – also (auto)biographisch – erzählt: ein Buch, das dabei hilft, verstehen zu lernen, was damals, in den späten 60ern, los war, indem es biographisch memoriert und gerade auf diese Weise soziologisch analysiert. Jäger übersetzt die Erinnerung des Denkens in die Bilder eigener Erfahrung: eine meisterliche Leistung.

Christoph Böhr

*Heinz A. RICHTER: Griechenland 1940–1950: Die Zeit der Bürgerkriege. Mainz/Ruhpolding: Verlag Franz Philipp Rutzen, in Kommission bei: Wiesbaden: Harrassowitz Verlag, 2012, Reihe: Peleus – Studien zur Archäologie und Geschichte Griechenlands und Zyperns. 487 S., 49 €*

Heinz A. Richter, emeritierte Professor für griechische und zypriotische Zeitgeschichte an der Universität Mannheim, ist in Deutschland der wohl führende Spezialist für die Geschichte Griechenlands und Zyperns im 20. Jahrhundert. Sein Werk über den griechischen Bürgerkrieg ist die erste wissenschaftlich fundierte und umfassende Darstellung dieser Epoche in deutscher Sprache. In Griechenland selbst gibt es keine vergleichbare Forschung, da das Thema dort nach wie vor praktisch ein Tabu in Wissenschaft und Politik ist. Die überaus sorgfältig in beeindruckender Detailtiefe recherchierte sowie auch für ein breites Publikum verständlich geschriebene Dokumentation darf zu Recht wohl als neues Standardwerk zu dieser Epoche gelten.

Nach dem weitgehend geordnet verlaufenen Abzug der deutschen Truppen aus Griechenland im Oktober 1944 stand außer Frage, dass sich die überwältigende Mehrheit der Griechen und vor allem die breite Widerstandsbewegung eine griechische Republik als Nachkriegsordnung wünschten. Doch der britische Premier Winston Churchill war der Auffassung, nur die Rückkehr des griechischen Exilkönigs Geórgios II. aus London nach Athen könne eine dauerhafte pro-britische Haltung Athens garantieren. Churchills Politik, die durch Kollaboration mit den Faschisten seit 1936 diskreditierte Monarchie in Griechenland mit Gewalt zu restaurieren, führte zur Spaltung

der griechischen Widerstandsbewegung und zur ersten Runde im Bürgerkrieg im Winter 1943/44. In der zweiten Runde kämpften im Dezember 1944 britische Soldaten in Athen gegen die linken Teile der griechischen Résistance.

Im Februar 1945 wurde der Friedensvertrag von Várkiza zwischen den rechten und linken Teilen der Widerstandsbewegung sowie den Briten geschlossen. Ziel war es, aus der KKE (Kommunistische Partei Griechenlands) eine verfassungstreue Partei zu machen, ähnlich wie in Frankreich und Italien. »Der Friedensvertrag von Várkiza war ein fairer Kompromiss: Wäre er dem Buchstaben und dem Geist nach eingehalten worden, hätte Griechenland eine friedliche Nachkriegsentwicklung erlebt.« Doch Churchill beharrte weiter auf der Rückkehr des Königs nach Athen und die britische Intervention in die innergriechischen Auseinandersetzungen hielt weiter an. Damit wurde das innergriechische Kräftegleichgewicht nach Ende der deutschen Besatzungszeit nachhaltig zerstört. Unter Duldung der Briten übte die griechische Rechte erheblichen Terror gegen die Linken aus. In der Folge kam es zu einem Eskalationsprozess von Gewalt und Gegengewalt, der im Herbst 1946 zur dritten Runde im Bürgerkrieg führte.

Völlig zu Recht weist Richter daher Großbritannien als Hauptverantwortlichen für das griechische Bürgerkriegsdrama aus. Was sich in Griechenland nach dem Kriegsende abzeichnete, war eine demokratische, sozial gerechtere Republik nach dem Muster der westeuropäischen Staaten. Das bis heute wuchernde Krebsübel des griechischen Klientelismus wäre so möglicherweise überwunden worden. Doch für Churchill war diese Perspektive inakzeptabel. Daneben hat auch die dogmatische Haltung der stalinistischen KKE-Führung der Auseinandersetzung mit den Liberalen und Monarchisten immensen Vorschub geleistet. Der Bürgerkrieg (1946-1949) zwischen den Regierungstruppen und den kommunistischen Rebellen endete mit dem Sieg der zunächst von den Briten und nach 1947 von den Amerikanern tatkräftig unterstützten Regierung. Das Ergebnis war der Ausschluss der kommunistischen Linken aus dem politischen Leben Griechenlands und die Konsolidierung autoritärer-klientelistischer Herrschaftsverhältnisse. Neben dem Verlauf der militärischen Fronten behandelt Richter eine Reihe weiterer Themen des Bürgerkriegs wie die Ent-

führungen von Kindern vermeintlicher Guerilla-Kämpfer, die Errichtung des berüchtigten Konzentrationslagers auf der Insel Makrónisos und die Makedonische Frage.

Eine Übersetzung des Werkes in griechischer Sprache wäre wünschenswert, denn Richter zeigt, dass der heute in Griechenland weit verbreitete Irrglaube, die deutsche Besatzung sei für die Entwicklung Nachkriegs-Griechenlands bis hin zum finanziellen Kollaps des Landes in unserer Zeit verantwortlich, ins Reich der Legende gehört. Wenn man überhaupt davon sprechen kann, dass die Wurzeln der heutigen Probleme des politischen Klientelismus in Griechenland bis in die Nachkriegsjahre zurückreichen, dann fallen sie allenfalls in die Zeit der Bürgerkriege und damit in innergriechische sowie größtenteils britisch-amerikanische Verantwortung.

Dirk Schönrock

*Martin SAAR: Die Immanenz der Macht – Politische Theorie nach Spinoza. Berlin: Subkamp Taschenbuch, 2013, 459 S., 22 €*

Baruch de Spinoza (1632–1677), Außenseiter in der Philosophie, findet auch als politischer Denker bisher wenig Beachtung. Martin Saar analysiert dagegen nicht nur seine politikphilosophischen Hauptwerke. Vielmehr führt er die Aktualität seiner Machttheorie anhand des Spannungsfeldes von Regierung und Bürgern vor. Dabei weist er auch ausführlich auf die direkten und indirekten Anknüpfungen an Spinoza in den letzten hundert Jahren hin, beispielsweise bei Hannah Arendt, Michel Foucault oder Toni Negri. Sie distanzieren sich von der vorherrschenden politischen Philosophie, die den Staat zumeist als autonome Macht begriff, der sich die Bürger fügen müssen.

Spinoza schreibt vor dem Hintergrund der Religionskriege. Er vertritt eine undogmatische religiöse Einstellung, die andere Vorstellungen nicht bekämpft, sondern akzeptiert. Nach Spinoza dürfen religiöse Glaubensrichtungen kein Recht auf eine allgemeingültige Wahrheit mehr beanspruchen, was ihm die Feindschaft aller religiöser Parteien seiner Zeit einbrachte.

Damit trennt er nicht nur Wissen und Glauben voneinander, sondern auch die Religion von der Politik, deren enge Verbindung schließlich in die religiösen Bürgerkriege geführt hatte. Der Staat

verliert dadurch seine religiöse Grundlage und erhält eine naturrechtliche, der ein Gesellschaftsvertrag zugrundeliegt – das gängige Modell, mit dem Denker wie Thomas Hobbes und John Locke im 17. Jahrhundert den Staat legitimierten oder kritisierten.

In seiner wichtigsten politischen Schrift *Tractatus Theologico-Politicus* aus dem Jahr 1670 gründet er die Politik auf die Demokratie, wenn er schreibt: »Auf diese Weise also kann sich ohne irgendwelchen Widerspruch gegen das natürliche Recht eine Gesellschaft bilden, und jeder Vertrag kann immer mit vollkommener Treue gehalten werden; es braucht eben nur jeder die ganze Macht, die er besitzt, auf die Gesellschaft übertragen, die damit das höchste Recht der Natur auf alles hat, d. h. die allein die höchste Regierungsgewalt innehat und der jeder aus freiem Willen oder aus Furcht vor der härtesten Bestrafung gehorchen muss. Das Recht einer derartigen Gesellschaft heißt Demokratie; sie ist demnach zu definieren als eine allgemeine Vereinigung von Menschen, die in ihrer Gesamtheit das höchste Recht zu allem hat, was sie vermag.«

Anders als bei Thomas Hobbes basiert der Staat nämlich nicht auf der Macht des Souveräns, sondern auf der Macht der Menge. Die Macht des Staates verdankt sich auch nicht seiner Einheit, sondern entsteht aus der Vielheit und Heterogenität des Volkes heraus. Nicht der braven Untertänigkeit unterworfenen Menschen, sondern einer freien Menge, die ihr Leben selber gestalten will, entspringt die Macht. Denn freie Menschen leben aus der Hoffnung heraus, Untertanen aus der Furcht. Freiheit heißt nach Spinoza, sich im Einklang mit der eigenen Natur zu befinden. Solche Menschen begehren auf und erstreiten sich ihre eigenen Rechte, kämpfen somit für ihre Befreiung. Damit entzieht sich der Einzelne aber nicht dem Einfluss anderer Menschen. Im Gegenteil aus dem Zusammenwirken folgt auch ein gegenseitiger Einfluss, so dass die politische Freiheit keineswegs absolut ist. Stattdessen heißt Freiheit Emanzipation, als langsamer Ausgang aus ideologischer Verblendung und Unterwürfigkeit.

Spinoza avanciert für Saar zu einem Vordenker einer radikalen Demokratie, die gegen undemokratische Strukturen kämpft. Die Bevölkerung lässt sich Rechte nicht nur vom Staat verleihen, sondern begreift sich selbst als Träger von Rechten. Vernunft verkörpert nicht nur die Logik des

Staates, sondern auch die Logik der Bevölkerung. Politik betreibt nicht nur die Regierung, sondern die Bürger beteiligen sich an ihr, ohne dass der Staat dies verhindern kann. Saar schreibt: »Demokratie, das heißt politische Herrschaft unter Bedingungen der Inklusion und Partizipation aller, ist die alternativlose, einzig legitime Form moderner Politik.« Denn an ihr partizipiert die Bevölkerung, so dass die Regierung auch eine Basis im Volk besitzt, die für einen stabilen Staat unabdingbar ist, bezieht dieser seine Macht letztlich aus der Bevölkerung. Der Staat vertritt daher auch nicht mehr wie im Mittelalter das göttliche Gesetz, um die göttliche Ordnung auf Erden vorzubereiten. Er erhält nach Spinoza vielmehr einen innerweltlichen Zweck: »Der Zweck des Staates ist in Wahrheit die Freiheit.«

Nicht nur ebnet Spinoza damit einem modernen Staatsverständnis den Weg. Er geht auch von einem Menschen aus, der Affekte besitzt, die sich von der Vernunft nicht leicht kontrollieren lassen, die obendrein von der Umwelt beeinflusst werden, ohne dass sie sich dadurch einfach steuern ließen. Gleichzeitig besitzt der Mensch einen Selbsterhaltungstrieb, den Spinoza *conatus* nennt, der auf die Vergrößerung der eigenen Spielräume und darauf abzielt, die eigene Macht zu erhalten.

Im Staat bieten sich dazu bessere Möglichkeiten als in einem Naturzustand. In seinem Hauptwerk *Ethica* schreibt Spinoza 1775: »Ein Mensch, der sich von der Vernunft leiten lässt, ist freier in einem Staat, wo er nach einem gemeinsamen Beschluss lebt, als in einem Alleinsein, in dem er nur sich selbst gehorcht.« Der Einzelne darf seinen Affekten keinen freien Lauf lassen und der Staat muss dazu beitragen, dass dies gelingt. Nicht ein autoritärer Staat ist dazu in der Lage, sondern ein demokratischer, der den Einzelnen so indirekt lenkt, dass er selber glaubt frei zu sein.

Daraus entwickeln sich Handlungsräume, wie sich auch Perspektiven der Kooperation ergeben. Just darauf müsste eine Politik Rücksicht nehmen, würde für Saar eine gute Regierung mit diesen individuellen Affekten und Reaktionen so geschickt umgehen, dass sie die Individuen gerade nicht zu Untertanen oder gar zu Maschinen macht. Politik und Bürger wirken gegenseitig aufeinander. So bemerkt Saar: »Die Freiheit der Bürger und des Volkes ist vielmehr immer schon auf die Macht des Staates bezogen und von ihr strukturiert; ebenso bemisst sich die tatsächliche Macht des Staates daran, wie erfolgreich er freie Bürger regiert.«

In gewisser Hinsicht darf die Macht nicht sichtbar sein, um mit der Freiheit der Bürger zusammenzuspielen. Bürger und Staat gehören zusammen, und zwar sowohl emotional als auch rational. So schreibt Spinoza 1676 in seinem *Tractatus Politicus*: »Die Seele des Staates sind nämlich dessen Rechtsgesetze. Bleiben sie erhalten, bleibt notwendigerweise der Staat erhalten. Aber sie können nicht intakt bleiben, wenn sie nicht in der Vernunft und in der den Menschen gemeinsamen Affektivität ihre Stütze haben. Ist es anders, stützen sie sich bloß auf die Hilfe der Vernunft, dann sind sie kraftlos und leicht aufzuweichen.« Es kann in der Politik daher nicht um eine bloße Rationalisierung des Staates gehen, sondern auch darum, die Affekte und Emotionen der Bürger in den politischen Prozess miteinzubeziehen. Dann erst wird der Staat wirklich handlungsfähig.

Zu den Affekten gehören auch die Vorstellungen und besonders die Bilder, die Affekte auslösen und ausdrücken. Mit Bildern werden nicht zuletzt in der medialen Welt direkt und indirekt politische Botschaften vermittelt. Indem sie die Bürger emotional berühren, binden sie diese an ihre Inhalte, politische Parteien oder staatliche Institutionen. Eine politische Philosophie sollte sich nach Saar im Anschluss an Spinoza daher bildtheoretisch und kulturwissenschaftlich orientieren.

Derart entwickelt Spinoza ein Machtverständnis, das zumeist erst im 20. Jahrhundert aufgegriffen wurde. Macht verdankt sich keiner hierarchischen Institution, sondern entfaltet sich in konkreten Strukturen, denen sich die Einzelnen ausgesetzt sehen, die sie aber auch nutzen können. Macht ist nicht nur unterdrückend, sondern auch produktiv, gerade auch im Sinne des Einzelnen. Gerade auch die politische Macht von Institutionen braucht die freiwillige Zustimmung der Bürger – so spielen bei Spinoza Macht und Freiheit zusammen. Saar schreibt: »In diesem Sinn ist (...) das Fundament aller politischen Strukturen demokratisch; denn es ist ein Grund in der Macht des Volkes, in der *potentia multitudinis*. Und dies ist in der Tat der provokante Kern von Spinozas Demokratietheorie, wenn nicht sogar ›der Grundgedanke in Spinozas politischer Philosophie.«

Hans-Martin Schönherr-Mann

Werner WEIDENFELD: *Die Europäische Union. Akteure – Prozesse – Herausforderungen*. München: Wilhelm Fink (UTB basics), 2013, 231 S., 22,90 €

Werner Weidenfelds Standardwerk *Die Europäische Union*, das im Sommer 2013 in dritter Auflage als UTB Taschenbuch erschienen ist, hat ein Geschwisterchen bekommen, das unter gleichem Titel als Band der Reihe »UTB-basic« insbesondere Studienanfänger (nicht nur) der Politikwissenschaft in die Materie einführt. Zusammenfassungen und sorgsam ausgewählte Literaturhinweise am Ende der einzelnen Kapitel, Infokästen und Testfragen (auf die es am Ende des Bandes auch gleich die passenden Antworten gibt), machen das Buch vor allem für angehende Bachelors zu einem exzellenten Begleiter bei der Prüfungsvorbereitung.

»Ich verbinde mit diesem Lehrbuch den Wunsch«, notiert der Autor in seinem Vorwort zu diesem überaus lesenswerten und klug komponierten Band, »zu einer qualifizierten Ausbildung der Studierenden in einem Bereich beizutragen, der nicht nur für die Politikwissenschaft selbst, sondern auch für die praktische berufliche Zukunft vieler Absolventen unseres Fachs von wachsender Bedeutung ist.« Und tatsächlich gibt es, wie der Autor fortfährt, »kaum einen nationalen politischen Bereich, der unbeeindruckt von den Ent-

wicklungen in Brüssel fortexistieren kann, kaum ein Unternehmen, das nicht von europäischen Regularien beeinflusst wird und keinen europäischen Bürger, der nicht direkt oder indirekt von europäischen Verordnungen und Richtlinien betroffen ist.« Gemessen an dieser in der Tat wohl unstrittigen Bedeutung ist das Wissen über Europa nicht nur ganz allgemein, sondern auch bei Studierenden der Politikwissenschaft allzu oft recht lückenhaft. Das liegt gewiss an der Komplexität dieses in vielerlei Hinsicht besonderen politischen Systems, aber zweifellos auch daran, dass es nur wenigen Autoren gelingt, diese Komplexität verständlich und durchschaubar zu machen, ohne sie über Gebühr zu simplifizieren. Diesen Spagat erfolgreich zu vollführen, bedarf es außer der fachlichen Expertise eines klar strukturierten didaktischen Konzepts. Und genau darin liegt die Stärke des folgerichtig und klar gegliederten Bandes, der kompetent nicht nur die Fragen beantwortet, *wer*, *wie* und *was* in der Europäischen Union eigentlich entscheidet, sondern zugleich einen konzisen historischen Überblick über den europäischen Integrationsprozess und über die Gründe gibt, die für das Projekt Europa von Beginn an sprachen und auch heute noch sprechen.

Andreas Vierecke